

Gesetz

Inkrafttreten:

01.01.2004

vom 10. Februar 2004

zur Änderung des Einführungsgesetzes zum Schweizerischen Zivilgesetzbuch für den Kanton Freiburg (Unterhaltspflicht)

Der Grosse Rat des Kantons Freiburg

gestützt auf das Gesetz vom 16. Oktober 2001 über die Organisation des Staates und der Verwaltung (SVOG);

nach Einsicht in die Botschaft des Staates vom 3. November 2003;

auf Antrag dieser Behörde,

beschliesst:

Art. 1

Das Einführungsgesetz vom 22. November 1911 zum Schweizerischen Zivilgesetzbuch für den Kanton Freiburg (SGF 210.1) wird wie folgt geändert:

Art. 79 ZGB 290

Der Staatsrat bezeichnet den Dienst für die Erteilung der geeigneten Hilfe bei der Vollstreckung der Unterhaltsansprüche, die dem Kind sowie dem Ehegatten oder dem Ex-Ehegatten zustehen.

Art. 81 Abs. 1

¹ Der Staatsrat bezeichnet den Dienst, der mit den folgenden Aufgaben betraut wird:

- a) Ausrichtung von Vorschüssen für den Unterhalt des Kindes, wenn dessen Vater oder Mutter ihrer Unterhaltspflicht nicht nachkommen;
- b) Ausrichtung von Unterhaltsvorschüssen an den Ehegatten oder Ex-Ehegatten.

Art. 2

Dieses Gesetz wird rückwirkend auf den 1. Januar 2004 in Kraft gesetzt.

Der Präsident:

R. VONLANTHEN

Der 1. Sekretär:

R. AEBISCHER